

< zurück: [An das Gesundheitsamt der Stadt Potsdam](#)

08.01.2021 Strafanzeige wegen Auschwitz-Vergleich (Polizei)

Während viele Antragsteller einer Anzeigen gegen die unberechtigten Corona-Maßnahmen unberechtigt abgewiesen wurden (darüber hat ein Strafrichter zu entscheiden, jedenfalls laut deutschem Rechtsstaat), wurde diese Anzeige angenommen und ich habe sie natürlich auch bearbeitet.

Ausdruck für die Akte



LAND BRANDENBUR

Polizeipräsidium

Datum 07.01.2021

Ermittlungsverfahren wegen:

Beleidigung gemäß § 185 StGB

Tatzeit bis Samstag, 15.08.2020

Tatort

freie Ortsangabe

Sehr geehrter Herr [Name]

Gegen Sie wurde das o. g. Ermittlungsverfahren eingeleitet. Da Sie der Tat verdächtig sind, gebe ich Ihnen gemäß § 163a Absatz 1, Satz 2 der Strafprozessordnung (StPO) hiermit Gelegenheit, sich zu der Beschuldigung zu äußern. Ich bitte Sie, den Anhörbogen innerhalb von zwei Wochen ab Zugang dieses Schreibens an mich zurückzusenden.

Belehrung für Beschuldigte

Ich weise Sie nach §§ 163a Absatz 4, 136 StPO darauf hin, dass es Ihnen nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Sie sind aber in jedem Fall verpflichtet, die mit * gekennzeichneten Fragen zur Person vollständig zu beantworten. Die Verletzung dieser Pflicht ist gemäß § 111 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bedroht. Sie können jederzeit einen von Ihnen zu wählenden Verteidiger befragen. Außerdem können Sie zu Ihrer Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen.

Sie sollen in dem o. g. Ermittlungsverfahren als Zeugin / Zeuge gehört werden. Ich bitte Sie, den Anhörbogen innerhalb von zwei Wochen ab Zugang dieses Schreibens an mich zurückzusenden.

Belehrung für Zeugen

Als Zeugin / Zeuge sind Sie nach den §§ 52, 55 StPO nur dann berechtigt die Aussage zu verweigern, wenn es sich bei dem Tatverdächtigen um einen Angehörigen im Sinne des § 52 StPO handelt (z. B. Ehegatte, Eltern, Kinder, Verlobter) oder Sie sich selbst bzw. einen Angehörigen der Gefahr der Verfolgung aussetzen würden.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen
*) Angaben, zu denen Sie verpflichtet sind

Anhörungsbogen Beschuldigte / Beschuldigter

Datum 07.01.2021

Name (auch Beinamen) *
 Geburtsname *
 Voramen *
 Sonstige Namen
 Spitznamen
 Geburtsdatum *
 Geburtsort / -land *
 Staatsangehörigkeit *
 PLZ / Ort *
 Orts- / Stadtteil *
 Straße / Hausnummer *
 Telefon (privat)
 Telefon (dienstl.)
 Familienstand
 Beruf *
 Einkommen zur Tatzeit

[Blurred area containing personal information]

- Schulbildung ohne Schulbildung Sonderschule Grundschule / Hauptschule
 Mittlere Reife / Fachoberschule Abitur / Fachhochschule Studienabschluss
 Lehraabschluss Schulabschluss unbekannt

ggf. Aufenthaltsort

Ausweisart (BPA, Pass)

ausstellende Behörde

Nummer

ausgestellt am

Zustellungsbevollmächtigter
(für ausländische Beschuldigte)

Angaben zu: beiden Eltern; Vormund:

Name

Geburtsname

Vorname

PLZ / Ort

Orts- / Stadtteil

Straße / Hausnummer

Tgb.-Nr. ST/0003128/2021

Name _____
Geburtsname _____
Vorname _____
PLZ / Ort _____
Orts- / Stadtteil _____
Straße / Hausnummer _____

Ergänzungen zum Vorhalt

Sie kontaktierten am 15.08.2020 die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam und schilderten ihr Anliegen im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung des Virus „SARS –COV-2 Und COVID -19.

Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurde ihnen am 18.08.2020 geantwortet. Im Kommentar auf diese Antwort schrieben Sie „Die Aufseher in Auschwitz haben auch nur ihren Dienst getan“.

Die Stadt Potsdam erstattete Strafanzeige und stellte Strafantrag.

Bitte Schildern Sie ihre Beweggründe für diesen Kommentar!

War Ihnen bewusst, dass der Kommentar öffentlich auf der Homepage der Stadt Potsdam für eine unbestimmbare Anzahl von Personen sichtbar ist?

Warum setzen Sie die Mitarbeiter der Stadt Potsdam mit den Aufsehern vom KZ Auschwitz gleich?

Belehrung für Beschuldigte

Ich werde hiermit darauf hingewiesen, dass ich ordnungswidrig handle, wenn ich bei den mit * gekennzeichneten Feldern unrichtige Angaben mache oder die Angabe dazu verweigere. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Verletzung dieser Pflicht gemäß § 111 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bedroht ist.

Ich werde hiermit weiterhin über Folgendes belehrt:

- welche Tat mir zur Last gelegt wird
- dass es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen
- dass ich jederzeit, auch bereits vor meiner Vernehmung, eine Verteidigerin oder einen Verteidiger meiner Wahl befragen kann
- dass ich zu meiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann
- dass mir die Vernehmung Gelegenheit gibt, die gegen mich sprechenden Verdachtsgründe zu beseitigen und die zu meinen Gunsten sprechenden Tatsachen geltend zu machen
- dass ich mich in geeigneten Fällen schriftlich äußern kann, sowie darüber, dass bei geeigneten Fällen die Möglichkeit eines Täter-Opfer-Ausgleichs besteht.

Ich werde hiermit darüber hinaus gem. § 136 Abs. 1 Satz 3 und 4 Strafprozessordnung (StPO) darauf hingewiesen, dass mir durch die Polizei Informationen zur Verfügung gestellt werden, die es mir erleichtern, eine Verteidigerin oder einen Verteidiger oder einen anwaltlichen Notdienst zu kontaktieren, wenn ich vor der Vernehmung eine Verteidigerin oder einen Verteidiger befragen möchte.

Diese Informationen können Sie über die Internetseite www.rak-brb.de (Pflichtverteidigerliste) abrufen.

Ich werde hiermit außerdem darüber belehrt, dass ich zu meiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen und unter den Voraussetzungen des § 140 Abs. 1 und 2 StPO die Bestellung eines Verteidigers nach Maßgabe des § 141 Abs. 1 und 3 StPO beanspruchen kann.

Ich werde hiermit darauf hingewiesen, dass ich die daraus entstehenden Verfahrenskosten im Falle der Verurteilung bzw. Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung gemäß § 465 StPO selbst zu tragen habe.

Ich habe die Belehrung verstanden.

(Unterschrift des Beschuldigten)

Tgb.-Nr. ST/0003128/2021

Belehrung bei ausländischen Staatsbürgern Ich werde hiermit auf mein Recht auf konsularische Unterstützung gemäß Artikel 36 des Wiener Konsularrechtsübereinkommens (WÜK) belehrt.
(sofern zutreffend)

(Unterschrift des Beschuldigten)

Belehrung bei Jugendlichen Ich werde hiermit gem. § 67 Abs. 1 JGG darüber belehrt, dass ich mich mit meinen Erziehungsberechtigten besprechen kann.
(sofern zutreffend)

(Unterschrift des Beschuldigten)

- Ich möchte aussagen.
 - Ich gebe die Straftat zu.
 - Ich gebe die Straftat nicht zu.
 - Mit einer Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldb
 - Ich möchte bei der Polizei vernommen werden.
 - Ich möchte zunächst einen Verteidiger befragen
 - Ich möchte nicht aussagen.
 - in ich einverstanden.
- x *Ich habe die Straftat nicht* *erklärt* *Folgeblatt bei Vernehmung durch Beamten/in*

Zugrunde gelegte Anhänge:

01 Das Urteil von Weimar

02 Corman-Drosten Review -kurz-

Corman - Drosten Papier (PCR - Test)

30 Fragen

04 Sterblichkeit 2020

From:

<http://corona.towi62.de/> - Corona - Ein kleiner Einblick in das Verbrechen

Permanent link:

http://corona.towi62.de/doku.php?id=08.01.2021_strafanzeige_wegen_auschwitz-vergleich_polizei

Last update: **2022/08/19 06:03**

